

Völker Bosniens und des Balkan erhebt euch! Vertreibt den österreichischen und EU-Imperialismus und seine Marionetten!

IA★RKP
**Revolutionäre
Kommunist/innen**

Anfang Februar gingen die Arbeiter/innen von 5 Betrieben in Tuzla (Nordost-Bosnien) auf die Straße. Sie protestierten vorm Sitz der Bezirksregierung gegen die Privatisierung und anschließende Schließung ihrer Fabriken. Sie forderten die sofortige Auszahlung ihrer seit Monaten ausständigen Löhne, die Bezahlung der Sozialversicherung und Pensionen durch den Staat - vergeblich! Allein im Kanton Tuzla, einem früheren Schwerpunkt der jugoslawischen Industrie, sind jetzt etwa 100.000 Menschen arbeitslos. Am nächsten Tag waren schon mehrere Tausend Menschen auf der Straße, errichteten Straßenblockaden und stürmten das Regierungsgebäude. Die von der EU geschulte und eingesetzte Polizei eskalierte mit Schlagstock- und Tränengaseinsätzen, worauf sich die empörten Volksmassen mit Steinen, Flaschen, Barrikaden aus brennenden Müllcontainern zur Wehr setzten und zum Gegenangriff übergingen: Nach Angaben der bürgerlichen Regierung waren dann unter den offiziell 130 Verletzten auch 104 Polizeikräfte.

Die Empörung über die versuchte Zerschlagung der Demonstration in Tuzla führte zu einer Welle von Solidarität: In den folgenden Tagen haben Zehntausende Arbeiter/innen und Volksmassen in 33 Städten von Bosnien-Herzegowina für ein Ende des Hunger- und Kolonialregimes demonstriert. Sie forderten den Rücktritt der Regierung und ein sofortiges Ende der imperialistischen Einmischung durch die EU. Oberherr des heutigen kolonialen Staates Bosnien-Herzegowina ist seit der formalen „Unabhängigkeit“ der „Hohe Repräsentant“ der EU, der Österreicher Valentin Inzko. Dieser kann alle vom Parlament beschlossenen Gesetze außer Kraft setzen, eigene erlassen und ebenso gewählte Minister ablehnen.

Schon im Jänner hatte der österreichische Kriegsminister bekannt gegeben, dass die Zahl der in Bosnien eingesetzten österreichischen Soldaten auf 335 verstärkt werden soll. Die österreichischen Imperialisten wissen, was für sie bei größeren Arbeiter/innen-Unruhen oder Volksaufständen auf dem Spiel steht: Immerhin ist Österreich der größte imperialistische Ausbeuter („Auslandsinvestor“) in Bosnien und kontrolliert mit knapp einem Viertel der imperialistischen Direktinvestitionen einen gewaltigen Anteil an der Profitmasse, die aus diesem Land nach Österreich zurückfließt. (vgl. dazu Proletarische Revolution 56s, Jänner 2014).

Durch die Privatisierungswelle nach dem Ende der Jugoslawienkriege, die von EU und IWF erzwungen wurde, gibt es heute in Bosnien mit 44% die höchste Arbeitslosigkeit von ganz Europa. Die Hälfte aller Löhne liegt unter 420 Euro, etwa 20% der 3,8 Millionen Einwohner/innen haben weniger als 350 Euro im Monat. Es gibt praktisch keine Sozialversicherung, keine staatliche Gesundheitsversorgung und keine Pensionen.

Bei den Massenaufmärschen am 7.2. und in der Folge wurden in mehreren Städten Bosniens die lokalen Verwaltungsgebäude gestürmt, in der Hauptstadt Sarajevo ging auch ein Regierungsgebäude in Flammen auf. Dabei waren serbische, kroatische und bosnisch-muslimische Arbeiter/innen gemeinsam gegen die herrschenden Zustände auf den Straßen aktiv und forderten den Rücktritt der Regierung, die Senkung aller Politikergehälter auf den Durchschnittslohn von 420 Euro, die Rücknahme der Privatisierung und ein Ende der ausländischen Einmischung und der Korruptionswirtschaft.

Darauf traf sich die Regierung der kroatisch-bosnischen Entität (in Bosnien gibt es zwei Entitäten, die in Kantone unterteilt sind) zu einer Notsitzung und beschloss nach Rücksprache mit ihrem Oberherren, dem österreichischen EU-Repräsentanten, vor allem in Sarajevo und Tuzla die Polizeipräsenz massiv zu erhöhen.

Das wird die Wut der Arbeiter/innen wohl kaum besänftigen. Aber die Imperialisten und ihre Handlanger lassen sich sicher noch andere Maßnahmen einfallen, z.B. die Förderung einer faschistischen, EU-gesteuerten Bewegung wie in der Ukraine, um die Massenbewegung zu desorientieren und zu spalten.

Wir als Arbeiter/innen und Werktätige im imperialistischen Österreich müssen eine möglichst breite Solidarisierung mit den kämpfenden Volksmassen in Bosnien und dem ganzen Balkan fördern. Die imperialistischen Ausbeuter in Bosnien und in Österreich sind nämlich die gleichen, das österreichische und EU-Kapital. Und unser Ziel ist es, dieses in einer proletarischen Revolution zu stürzen – in Österreich wie in den Balkanländern!

Wir verbreiten seit 1995 Flugblätter, mit denen wir uns vor allem an klassenbewusste Arbeiter/innen wenden. Die Texte werden auch in der seit 2001 erscheinenden Zeitung **„Proletarische Revolution“** abgedruckt. Unser Ziel ist eine Gesellschaftsordnung ohne Klassen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Dazu muss die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter eine eigene Kampfpartei aufbauen, die Macht erobern, die Besitzer der Produktionsmittel enteignen und den Klassenkampf fortsetzen, bis alle Reste der bürgerlichen Ordnung verschwunden sind. Wir stellen uns in die Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung, die Mitte der 1960er Jahre in Auseinandersetzung mit den Fehlern der KPdSU und in scharfem Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion eine marxistisch-leninistische Generallinie verteidigt hat und zur Gründung neuer kommunistischer Parteien führte. Wir sind revolutionäre Kommunist/innen und deshalb *nicht* in der KPÖ organisiert.



IA★RKP

Initiative für den Aufbau einer

Revolutionär-Kommunistischen Partei

Stiftgasse 8, A-1070 Wien, ia.rkp2017@yahoo.com

iarkp.wordpress.com

Proletarische Revolution

Revolutionär-kommunistische Zeitung

prolrevol.wordpress.com